

## **Grundsatzposition der deutschen Delegation (CDU/CSU-Gruppe) und der französischen Delegation in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament bezüglich der Ablehnung der Einführung von Eurobonds**

Die Einführung von Eurobonds, welcher Art auch immer, ist zum jetzigen Zeitpunkt weder machbar, noch wünschenswert.

Im Rat wird die Einführung von Eurobonds bereits seit mehr als einem Jahrzehnt diskutiert. Sinn ist die Schaffung von gemeinsamen Schuldtiteln, die durch ihre breite Verfügbarkeit auf dem Sekundärmarkt einfacher zu veräußern sind. Diese Eurobonds würden so für alle teilnehmenden Mitgliedsstaaten die Zinsen senken. Eine Voraussetzung wäre jedoch, dass alle Staaten über die beste Bonität verfügen, weil es sonst zu einer Zinssubvention zwischen Mitgliedsstaaten kommen würde. Wenn alle Voraussetzungen erfüllt wären, wäre es auch so gut wie ausgeschlossen, dass Staaten tatsächlich für einen Zahlungsausfall bürgen müssen.

Seit Beginn der Staatsschuldenkrise wurde die Diskussion im Rat jedoch eingestellt, eben weil diese Voraussetzungen bei weitem nicht erfüllt sind.

Unabhängig von diesem Diskussionsstrang werden seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise in manchen Kreisen Eurobonds als Mittel der Krisenbewältigung verstanden. Die Einführung von Eurobonds würde zu weitgehend gleichen Zinssätzen in der gesamten Euro-Zone führen, ohne Rücksicht auf die nationalen Schuldenstände.

So käme es nicht nur zu einer Zinssubvention, sondern die Bonität der meisten Mitgliedsstaaten würde von den Ratingagenturen drastisch nach unten revidiert werden müssen und es wäre nicht ausgeschlossen, dass im Regime der *'joint and several liability'* der Zahlungsausfall mancher Mitgliedsstaaten schwerwiegende Folgen für die Steuerzahler der gesamten Eurozone mit sich führen würde und am Ende alle Probleme bekommen würden..

Mit Euro-Bonds werden die Schulden der Mitgliedstaaten europäisiert und damit anonymisiert, damit werden die aktuellen Probleme nicht gelöst, sondern nur verlagert. Gerade die Länder die dringend eine nachhaltige Finanzpolitik und eine strenge Überwachung nötig hätten, können mit Eurobonds künftig ganz anonym Schulden machen, ohne in aller Öffentlichkeit die Verantwortung dafür übernehmen zu müssen.

Den Versuchen der Sozialisten und Linken, über den Weg der Eurobonds den Reformdruck auf die Mitgliedsstaaten zu reduzieren, muß widerstanden werden. Mit Eurobonds würde unvernünftige Ausgabenpolitik weiterhin über Schulden finanziert werden. Das geht auf Kosten der künftigen Generationen und zu Lasten der anderen Mitgliedsstaaten.

Eurobonds in Krisenzeiten einzuführen öffnet Tür und Tor für den *'moral hazard'*. Die aktuelle Krise ist keine Eurokrise, sondern eine nationale Schuldenkrise die auf verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitiken vor allem sozialistischer Regierungen zurückzuführen ist. Eurobonds würden den Kampf gegen die zu hohe Staatsverschuldung einzelner Eurostaaten erschweren. Denn Euro-Bonds erhöhen nicht den Druck auf Defizitstaaten, ihre Schulden zu senken, sondern ermuntern sie zu einer laxen Haushaltsführung und senken den Anreiz für eine solide Haushaltsführung. In der Konsequenz führen Eurobonds zu noch mehr Schulden statt zu einem strikten Defizitabbau.